

5 – Punkte – Plan
der CDU in Niedersachsen
zur Bekämpfung linksextremistischer Gewalttaten

Hintergrund:

Ob Angriffe auf Polizisten, Krawalle bei Demonstrationen, Abfackeln von Autos oder gezielte Anschläge auf Einrichtungen der Polizei, der Bundeswehr und auf die Infrastruktur der Bundesbahn – die von linksautonomen Gruppen ausgehende Gewalt in Deutschland ist eine Gefahr für den inneren Frieden. Sie hat mittlerweile ein bedenkliches Ausmaß erreicht, wie die ersten gewalttätigen Ausschreitungen im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg eindringlich zeigen. Vor allem das Einüben von Blockaden und die zahlreichen Resonanzstraftaten unterstreichen, dass die linksautonome Szene nicht nur verbale, sondern auch reale Gewalt vor, während und womöglich auch noch nach dem Gipfeltreffen beabsichtigt.

Unsere offene Gesellschaft wird nicht nur durch religiös motivierte Extremisten und Rechtsextremisten, sondern auch durch Linksextremisten attackiert. In Niedersachsen zeigt die jüngste Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität einen signifikanten Zuwachs bei linksmotivierten Straf- und Gewalttaten. Die politisch motivierte Kriminalität und Gewalt ist im Jahr 2016 um 18% bedrohlich angestiegen. Das zeigen die Zahlen der niedersächsischen Sicherheitsbehörden, die das Innenministerium im Mai 2017 vorgestellt hat. Während die Zahl von Gewalt- und Kriminalitätsdelikten aus dem rechtsextremistischen Spektrum offensichtlich leicht zurück ging, sind linksextremistische Straftaten in Niedersachsen deutlich angestiegen. In Niedersachsen zeigt die jüngste Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität einen signifikanten Zuwachs bei linksmotivierten Straf- und Gewalttaten. So stieg die politisch motivierte Kriminalität von 797 Taten im Jahre 2015 auf 1181 im Jahre 2016 und erreichte damit den Höchststand der vergangenen zehn Jahre. Darüber hinaus nahmen die linksmotivierten Gewaltdelikte von 147 im Jahre 2015 auf 227 Delikte im Jahre 2016 zu. In Städten wie Göttingen haben sich „hot-spots“ des gewaltbereiten Linksextremismus herausgebildet. Zwar verkündete Innenminister Pistorius unlängst, ein „Gewalttäterkonzept links“ sei derzeit in Arbeit. Ergebnisse sind bislang nicht sichtbar. Vielmehr sieht sich die Landesregierung bis jetzt nicht in der Lage, mit einem klaren Handlungskonzept der linksgerichteten Gewalt entgegenzutreten. Niedersachsen aber benötigt sofort einen ganzheitlichen Bekämpfungsansatz gegen den gewaltbereiten Linksextremismus, in dem Prävention, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung miteinander verzahnt werden. Besonders der morgen beginnende G20 Gipfel und die bereits jetzt besorgniserregenden Vorgänge in Hamburg zeigen deutlich, wie hochgefährlich linksextremistische Gewalttäter für die Sicherheit und Ordnung unseres Landes sind.

In diesem Punkt sollte Einigkeit zwischen allen demokratischen Parteien herrschen. Besonders kritisch ist die offensichtliche Nähe und fehlende Trennlinie zwischen der Partei DIE Linke und den vermeintlichen Linksautonomen zu bewerten. Der Bundestagsabgeordnete der Linken van Aken ist bekanntlich Anmelder der Großdemonstration am 08.07.2017 in Hamburg.

Die politische Zurückhaltung der amtierenden Landesregierung in Niedersachsen ist ebenso absolut unverständlich, weil lange bekannt ist, dass der G20-Gipfel durch militante und gewaltbereite Demonstranten auch aus dem Ausland nicht nur gestört, sondern für alle - Bürger und Polizisten sowie politisch Verantwortliche - zu einer ernsthaften Bedrohung werden kann. Die offensichtliche Unterscheidung bei extremistischen Straftaten, je nachdem, welchem ideologischen Gedankengut sie folgen, ist völlig unverständlich. Der konsequente Rechtsstaat hat gegen alle Straftäter gleichermaßen vorzugehen. Jegliche Form des Extremismus ist eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, hierzu gehört ausdrücklich auch der Linksextremismus.

Niedersachsen benötigt jetzt ein, zu den aktuellen Herausforderungen passendes, Landesprogramm gegen Linksextremismus. Dieses werden wir nach der Landtagswahl in Niedersachsen im Januar 2018 umsetzen:

Die CDU in Niedersachsen fordert:

1. Linksextreme Gewalt darf nicht gesellschaftlich legitimiert werden

Gesamtgesellschaftliche Prävention muss Gewalt, von wem auch immer sie ausgeht, klar ächten. Rechtsfreie Räume dürfen nicht geduldet werden. Linksgerichtete Gewalt ist nicht harmlos, auch wenn sich autonome Täter gerne als harmlos tarnen. Sie geben sich oftmals progressiv, jugendlich und aktivistisch, um junge Anhänger zu rekrutieren. Das geschieht häufig über gut klingende gesellschaftskritische Themen wie Anti-Faschismus, Anti-Rassismus, Anti-Militarismus oder Anti-Gentrifizierung. Der zielgerichtete Missbrauch von gesellschaftskritischen Themen durch gewaltbereite Linksextremisten muss ein wichtiges Handlungsfeld offensiver Präventionsarbeit bilden. Wo Anti-Faschismus drauf steht, ist nicht automatisch Demokratie drin! Die aktive Prävention vor Linksextremismus und die gesellschaftliche Abgrenzung hierzu müssen verstärkt werden. Wegen der besonderen Gefährdungslage von Heranwachsenden und jungen Erwachsenen, womöglich linksextremistisch motivierte Straftaten zu begehen, muss auf diese ein besonderes Augenmerk bei Präventionsmaßnahmen gelegt werden. Besonders gesellschaftliche Projekte und Einrichtungen, die staatlich unterstützt werden, dürfen nicht von linksextremistischer Seite instrumentalisiert werden.

2. Politische Bildung stärker auf die Gefahren des Linksextremismus ausrichten

Um das staatliche Gebot der Gewaltfreiheit als Mittel der politischen Auseinandersetzung in Schule und Jugendarbeit stärker herauszustellen, ist das Konzept des Aktionstags „Schule für Demokratie“ der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung (AEWB) um das Thema Linksextremismus zu erweitern. Die Aussteigerprogramme „Rechtsextremismus“ und „Islamismus“ sind personell stärker auszustatten und um ein eigenständiges Programm „Linksextremismus“ zu ergänzen. Im Sinne von „best practice“ sind erfolgreiche Elemente laufender Aussteigerprogramme hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit auf den Linksextremismus zu prüfen. Unter Mitwirkung des Landespräventionsrats und der Landeszentrale für

Politische Bildung müssen die staatliche Akteure und Akteure der Zivilgesellschaft besser miteinander vernetzt werden, um in Schwerpunktgebieten linksextremistischer Gewalt zur Prävention und Deeskalation beizutragen und der Entstehung neuer kleinräumiger Herde linksextremistischer Aktivität vorzubeugen. Des Weiteren ist den Lehrplänen der Schulen dem Linksextremismus ein gleich hoher Stellenwert wie dem Rechtsextremismus beizumessen.

3. Wissenschaftliche Projekte entwickeln

Wir brauchen mehr Forschungsvorhaben zum Thema „gewaltbereiter Linksextremismus“. Voraussetzung sind genaue Analysen der aktiven linksextremistischen Szene, insbesondere die Beweggründe für junge Menschen, sich linksautonomen Gruppen anzuschließen. Dazu gehört auch, Radikalisierungsprozesse, Gewaltmuster und gefährdete Personenkreise wissenschaftlich valide herauszuarbeiten. Gemeinsam mit den niedersächsischen Hochschulen wollen wir neue Forschungsprojekte dazu anregen und unterstützen.

4. Frühwarnkompetenz des Verfassungsschutzes stärken

Um das Grundvertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaats und seiner Sicherheitsbehörden zu bewahren, muss eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik für die gesellschaftliche Akzeptanz von Polizei und Nachrichtendiensten öffentlichkeitswirksam werben und ihre Funktionsfähigkeit sicherstellen. Dies betrifft in besonderer Weise die Frühwarnfähigkeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes. Diese wird durch das rot-grüne Verfassungsschutzgesetz und seine vielfältigen bürokratischen Regulierungen sowie restriktiven Übermittlungsvorschriften erheblich beeinträchtigt. Notwendig ist ein schlankes, auf die operative Wirksamkeit der Behörde fokussiertes, zukunftsorientiertes Gesetz. Nur so kann der Verfassungsschutz auch seine Frühwarnkompetenz in der Beobachtung des gewaltbereiten Linksextremismus wieder vollumfänglich wahrnehmen.

Der Entwurf für ein neues Niedersächsisches Gesetz für öffentliche Sicherheit und Ordnung (SOG), den die CDU-Landtagsfraktion bereits im Februar 2017 vorgelegt hat, wird den niedersächsischen Sicherheitsbehörden einen Maßnahmenkatalog mit passgenauen und abgestuften Handlungsoptionen an die Hand gegeben, den es so in keinem anderen Bundesland gibt.

5. Polizeiliche Ermittlungsarbeit gegen Linksextremismus ausweiten

Wir müssen das linksextremistische Spektrum aufklären und das Sympathisanten-Umfeld vom gewaltbereiten Kern trennen. Der harte Kern der Szene, insbesondere an Brennpunkten, muss bereits im Wege der polizeilichen Gefahrenabwehr in seinem Aktionsradius gezielt eingeschränkt werden. Dazu gehört u. a. eine konsequente Einstufung als Gefährder. Dabei kann der Einsatz von verdeckten Maßnahmen vor allem an „hot-spots“ zur Aufhellung militanter Szenestrukturen, die Errichtung

schlagkräftiger Ermittlungsgruppen in Verdichtungsräumen linksmotivierter Straftaten, die Verstärkung der Ermittlungseinheiten Staatsschutz auf Ebene der Polizeidirektionen, die bislang zusätzlich auf die Bekämpfung des islamistischen Terrors fokussiert sind, dienen und sollte zwingend zeitnah ausgeweitet werden.